

LEITARTIKEL



von
Reinhard
Göweil

Flüchtlinge zweierlei Maß

Was haben LuxLeaks und Syrien gemeinsam? In beiden Fällen geht es um Flüchtlinge. Die einen flüchten vor der Steuer, die anderen vor Krieg und Elend. Der PR-Manager Stefan Sengl hat nun beides verknüpft. Er wunderte sich auf Twitter, warum Europa einer Steuerflucht von einer Billion Euro teilnahmslos zusieht, aber die Flüchtlingswelle (auch) wegen der damit verbundenen Aufwendungen kritisiert.

Ein interessanter Gedanke, immerhin stand nun Jean-Claude Juncker als ehemaliger luxemburgischer Regierungschef dem Europaparlament wegen Steuerdumpings Rede und Antwort. Sinngemäß erklärte er, dass dies seinerzeit fast alle EU-Länder machten. Das ist richtig, Karl-Heinz Grasser war (nicht nur als Finanzminister) ein glühender Verfechter des „Steuer-Wettbewerbs“ in der EU.

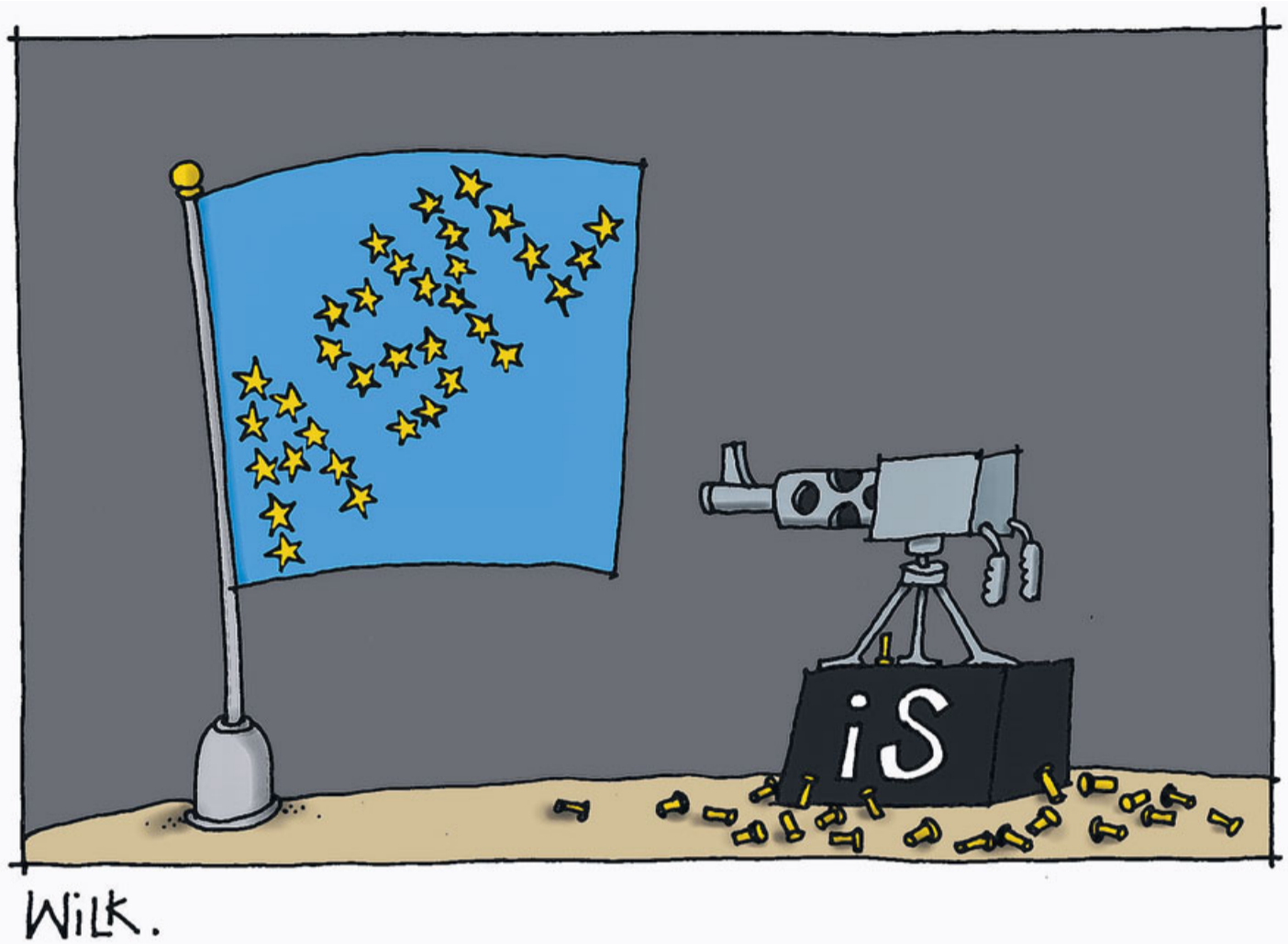
Tatsache bleibt nun, dass die Kosten der Flüchtlinge in Österreich ziemlich genau ein Promille jener Summe ausmachen, mit der Großkonzerne und Superreiche vor dem Fiskus flüchten. Nun sorgen solche Steuer-Deals auch für Wirtschaftswachstum, in Irland etwa. Und für die Iren ist die niedrige Unternehmenssteuer so prägend wie die Neutralität für Österreich. Allerdings sollte – dieses Wort ist in Zusammenhang mit den Kriegsflüchtlingsen öfters zu hören – die Angemessenheit berücksichtigt werden.

100 Milliarden Euro, also zehn Prozent der Steuerflucht, würden nicht nur Schutzsuchenden würdige Quartiere ermöglichen, sondern auch wirtschaftliche Aufbauprogramme in den Nachbarländern Syriens, Libyens und des Irak. Zehn Prozent, das entspricht etwa jener Quote, mit der Ungarn Flüchtlingen Asyl gewährt.

Es wäre also mehr als angemessen. Doch wer wird dies bewerkstelligen? Juncker, nunmehr EU-Kommissionspräsident, hat am Donnerstag mehr Steuergerechtigkeit versprochen. Das ist schön, doch es ist bloß ein Satz. Wenn die Regierungschefs kommende Woche über die Flüchtlinge debattieren, könnten sie beispielsweise gleich darangehen, in den als Steueroasen definierten EU-Ländern eine Sonderabgabe zu beschließen, um Flüchtlinge und Helfer zu unterstützen. Das ist utopisch? Ja, vermutlich. Aber wer hat im Vorjahr wohl vorausgesehen, dass diese große Zahl an Menschen nach Europa flüchten würde? Im Moment ist viel von Notmaßnahmen die Rede, zu viel. Allein mit dieser schlichten Steuermaßnahme würde sich Europa diese Not ersparen.

leitartikel@wienerzeitung.at

Fremdbestimmt



Wilk.

Karikatur: „Wiener Zeitung“/Jacek Wilk

ZITATE ZUM TAG

„Ab heute haben die Blockade-Länder keine Ausrede mehr. Das EU-Parlament hat den Innenministern den Weg freigemacht. Der Ball liegt auf dem Elferpunkt, Tormann gibt es keinen. Die Innenminister müssen kommende Woche nur noch einnetzen.“

Heinz K. Becker, Sicherheitssprecher der ÖVP im EU-Parlament, nachdem das EU-Parlament für die Aufteilung von 120.000 Flüchtlingen auf alle EU-Staaten gestimmt hat

„Wenn drei oder vier die Solidarität verlassen, dürfen wir nicht zulassen, dass die anderen, die mitmachen, dafür ständig kritisiert werden, dass Europa auseinanderfielet. Es wird immer nur über diejenigen Länder gesprochen, die keine Flüchtlinge aufnehmen wollen. Die meisten europäischen Staaten aber nehmen Flüchtlinge auf.“

EU-Parlamentspräsident Martin Schulz

„Die Haltung einiger EU-Mitgliedstaaten ist ein Ausstieg aus dem Grundprinzip, auf dem die europäische Gemeinschaft aufgebaut ist, nämlich gegenseitige Hilfe und Solidarität. Das ist nicht das Europa, für das ich stehe, das ist das Europa der ungarischen Nationalisten.“

Derselbe in Richtung Ungarn

„Es gibt keine Mauer, die jemand, der aus Syrien kommt, nicht übersteigen würde. Grenzzäune schaffen nur Spannungen und können zu Gewalt führen. Den syrischen Flüchtlingen zu helfen, ist unsere moralische Pflicht. Es ist auch unsere Christenpflicht. Lassen Sie uns sicherstellen, dass wir auf der richtigen Seite der Geschichte stehen.“

EU-Migrationskommissar Dimitris Avramopoulos

„Für Hunderttausende verschlechtern sich die Lebensbedingungen in Syriens

Nachbarstaaten zusehends. Viele haben keine eigenen Mittel mehr und sind auf Nothilfe angewiesen. Die Menschen führen jeden Tag einen Kampf, um etwas Geld für Essen aufzutreiben. Das Geld, das die UNO-Organisationen für die Versorgung der Flüchtlinge erhalten, reicht hinten und vorne nicht.“

Melissa Fleming, Sprecherin des UNHCR in Genf

„Ich weiß nicht, ob den Kubanern alles gefallen wird, was Franziskus ihnen zu sagen hat. Der Papst ist einer, der die Dinge gerne beim Namen nennt.“

Pater Bernd Hagenkord, Chef der deutschen Redaktion von Radio Vatikan, vor dem Papstbesuch

„Keiner hat meine Stimme verdient.“

Jenny Zaggas, Geschäftsfrau im bürgerlichen Athener Vorort Hellenikon, vor der griechischen Wahl

GASTKOMMENTAR VON WILFRIED ALTZINGER

Ungleichheit kann die Demokratie gefährden

Je stärker sich die Kluft zwischen Gewinnern und Verlierern in einer Gesellschaft auftut, umso stärker werden auch die sozialen Spannungen.

Emmanuel Saez, einer der führenden Verteilungsökonomien der USA, zeigt in seiner jüngsten Studie, dass das reale Wachstum von Arbeits- und Kapitaleinkommen in den USA in der Periode 1993 bis 2014 im Durchschnitt 20,6 Prozent betragen hat. Diese Einkommenszuwächse gingen jedoch zu 55 Prozent an das reichste 1 Prozent, während sich die verbleibenden 99 Prozent der Gesellschaft mit 45 Prozent des Zuwachses begnügen mussten. Damit verbunden waren sowohl ein enormer Anstieg der Einkommensungleichheit als auch ein starker Anstieg von Armut.

Diese Daten belegen drastisch, dass Wirtschaftswachstum per se nicht ausreicht, um das allgemeine Wohlergehen in einer Gesellschaft zu fördern. Erst die Verteilung der Wachstumseffekte auf Haushalte und Personen, Branchen und Regio-

nen, unterschieden nach Geschlecht und ethnischen Hintergrund, lassen Aussagen über Gewinner und Verlierer von Wachstum zu.

Die Oesterreichische Nationalbank hat erstmals für Österreich Daten aus Arbeits- und Kapitaleinkommen gemeinsam erfasst. Dabei zeigt sich, dass Kapitaleinkommen wesentlich ungleicher verteilt sind als Arbeitsinkommen. Nur die obersten 5 Prozent aller Haushalte haben auch Kapitaleinkommen (Zinsen, Mieteinkommen, Dividenden und Ausschüttungen) in nennenswertem Umfang. Grund dafür ist die besonders ungleiche Verteilung von Vermögen, das erst die Voraussetzung zur Erzielung von Kapitaleinkommen ist. Während die obersten 5 Prozent aller Haushalte 60 Prozent des Gesamtvermögens halten, haben die untersten 50 Prozent mit nur 4 Prozent nahezu kein Vermögen.



Wilfried Altzinger leitet das Forschungsinstitut „Economics of Inequality“ an der Wirtschaftsuniversität Wien.

Alle Beiträge dieser Rubrik unter: www.wienerzeitung.at/gastkommentare

Eine neue Studie der OECD zeigt, dass die in vielen Ländern zunehmende Einkommensungleichheit auch negative Auswirkungen auf das gesamtwirtschaftliche Wachstum hat. Grund dafür ist, dass sich die unteren 40 Prozent der Gesellschaft – durch die hohen (direkten und indirekten) Kosten des Bildungserwerbs – keine ausreichende (Aus-)Bildung mehr leisten können. Dadurch verschlechtert sich aber nicht nur die individuelle Position dieses Personenkreises, sondern letztlich auch die gesamtwirtschaftliche Situation. Somit wird Chancengleichheit, eine politische Grundvoraussetzung jeder demokratischen Gesellschaft, weiter verringert. Durch die hier aufgezeigten Ungleichheiten von Einkommen, Vermögen, Bildung und Lebenschancen werden auch gesellschaftspolitische Entwicklungen mitbestimmt.

Kurz gefasst: Je stärker sich die Kluft zwischen Gewinnern und Verlierern in einer Gesellschaft auftut, umso stärker werden auch die sozialen Spannungen. Letztendlich kann dies sogar die demokratische Grundordnung gefährden. Angesichts dieser großen gesellschaftspolitischen Herausforderungen haben wir an der Wirtschaftsuniversität Wien das Forschungsinstitut „Economics of Inequality“ gegründet, wo diese Fragen interdisziplinär erforscht werden. Dabei werden die gesellschaftlichen Auswirkungen der Ungleichheit aus ökonomischer, sozialer wie auch ökologischer Sicht erforscht. Wir hoffen mittels fundierter wissenschaftlicher Analysen sachliche Beiträge zum öffentlichen Diskurs der Verteilungsthematik zu leisten und freuen uns auf diese große Herausforderung.